

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/42

Bonn, den 2. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Gesteigerte Aktivität deutscher KP-Funktionäre in Frankreich ----- Verbindungen gehen über den FDGB zur CGT	60

2	Zackig, zackig.... ----- Gekonnter Stechschritt in Pankow	21
---	---	----

3 - 4	Hintergründe der Unruhe in Ungarn ----- "Rechteradikale und Pseudosozialisten" ? Von unserem PR-Korrespondenten in Belgrad	68
-------	---	----

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG:

Verschlechterungen für Vertriebene und Flüchtlinge
Niedersachsens Patenschaft für Schlesien
Deutsche Antworten sind notwendig
Schwerste Verluste der evangelischen Kirche in Ostdeutschland
Kommunistische Hetze gegen JAKSCH
PREYHAN-Stiftung in Israel
Gerhart HAUPTMANN in die Walhalla

* * *

Gesteigerte Aktivität deutscher KP-Funktionäre in Frankreich

Verbindungen gehen über den FDGB zur CGT

sp - Der ostzonale Gewerkschaftsbund (FDGB) hat in den vergangenen vier Monaten seine Aktivität in Frankreich erheblich gesteigert. Bei der sogenannten ostzonalen Handelsmission in Paris wurden vor kurzem drei sprachgewandte, hoch qualifizierte Funktionäre zur "Kontaktpflege" mit französischen Betrieben und - über diese - mit der kommunistisch gesteuerten CGT (Confédération Générale du Travail) eingesetzt. Die Aktivität dieser Funktionäre konzentriert sich auf folgende Gebiete:

- * 1. Firmenbeziehungen zwischen ostzonalen und französischen Betrieben, bei denen - mit Zustimmung der französischen Betriebsleitungen - auch kommunistische Betriebsratvorsitzende eingesetzt werden
- * 2. Festigung und Erweiterung von Kontakten zwischen französischen und ostzonalen Städten und Gemeinden; hierbei werden besonders kommunistische Bürgermeister in Industrieorten angesprochen, die in zahlreichen Fällen gleichzeitig auch Spitzenfunktionäre der CGT sind.

Das neueste Tätigkeitsgebiet dieser kommunistischen deutsch-französischen Kontaktstelle erstreckt sich auf die in Frankreich lebenden deutschen Arbeiter. Diese werden von den Kontaktleuten des FDGB aufgesucht und erhalten hierbei das Angebot zu einer kostenlosen Reise in die SBZ. Man versichert den deutschen Arbeitnehmern, sie brauchten keinerlei politische Verpflichtungen einzugehen, sollten sich aber bereit erklären, französischen Kollegen, die die Zone besuchen, als Dolmetscher zu dienen.

Da es sich bei den von den Kommunisten angesprochenen deutschen Arbeitern vielfach um Personen handelt, die nach der Kriegsgefangenschaft in Frankreich geblieben sind und bisher kaum Gelegenheit hatten, ihre Heimat zu besuchen, werden die entsprechenden Angebote der FDGB-Funktionäre oft akzeptiert.

In einem Erfahrungsbericht der FDGB-Leitung in Ostberlin wird im Zusammenhang mit dieser Aktion erklärt, sie habe sich als "sehr erfolgreich erwiesen und sollte daher mit aller Intensität fortgesetzt werden". Interessant ist auch eine Bemerkung in dem Bericht, aus der hervorgeht, daß die französischen Behörden einer Kontaktaufnahme dieser Art "mit größtem Verständnis" begegnen.

Natürlich ist man an der deutschen Botschaft in Paris über diese Vorgänge unterrichtet. Diekrete Versuche bei den französischen Behörden, die kommunistische Aktivität abzustoppen, blieben ergebnislos. Entweder begegnet man Vorstellungen von deutscher Seite mit Unverständnis, oder weist darauf hin, daß man nichts dagegen tun könne, weil große französische Firmen, besonders der stahlerarbeitenden und der chemischen Industrie, ihre kommunistischen Betriebsräte zu den hier geschilderten Aktivitäten ermuntern.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist - dank der Initiative seiner Vertretung in Paris und auch mit Unterstützung der Botschaft - seit Jahren bemüht, durch Aufklärungstätigkeit den in Frankreich lebenden deutschen Arbeitern behilf-

lich zu sein, das Zusammenspiel zwischen deutschen und französischen Kommunisten zu erklären und sie auf die politischen Gefahren dieser kommunistischen Untriebe aufmerksam zu machen. Leider findet diese Aufklärungsarbeit des DGB nur verhältnismäßig wenig Unterstützung. Abgesehen davon, daß sich Kompetenzfragen hemmend auszuwirken scheinen, muß auch festgestellt werden, daß die deutsche Öffentlichkeitsarbeit im Ausland - besonders auf dem Sektor der Arbeitnehmerbeziehungen - unter finanzieller Schwäche leidet.

Ob man im Bonner Auswärtigen Amt die Konsequenzen einer mangelnden Aufklärungsarbeit nicht erkennt oder aus politischer Rücksichtnahme auf die derzeitige französische Regierung auf der Stelle tritt, ist nicht klar erkennbar.

+ + +

Zackig, zackig...

Gekonnter Stehschritt in Pankow

sp - Wenn in der Bundesrepublik eine Bundeswehreinheit aus irgendeinem Anlaß mit zackigem Paradeschritt vor irgend jemandem defilieren würde, - sie tut es nicht - könnten wir in der ostzonalen Presse mit absoluter Sicherheit folgende Schlagzeile lesen: "Wiedergeburt des Militarismus in Bonn". - Wer im Deutschen Fernsehen die Stehschrittsoldaten der ostzonalen Volkarmee sah, konnte beruhigt sagen, in Pankow haben wir seit Preußens Gloria eine Menge dazu gelernt. Jeder von deutschen Kommunisten früher als "Militarist" beschimpfte Unteroffizier der Reserve muß laut gelacht haben, als er das sah. So schön wie die in Pankow haben seine Leute es nie gekonnt.

Ordnung gab es auch in Musee zur Zehn-Jahresfeier. Kleine Kinder wurden in Kasernen geführt, durften auf Panzern herumklettern und sogar den Abzughebel einer Schnellfeuerkanone berühren.

Ob Walter Ulbricht weiß, daß er mit derartigen Paraden besonders in der westlichen Welt seine eigene Kampagne gegen den "westdeutschen Militarismus" paralyisiert? So bitter wie es klingen mag - jeder Parademarsch in Pankow hilft uns, die weltweite kommunistische Propaganda gegen die Bundesrepublik auf das zurückzudrehen, was sie wirklich ist: fauler Zauber.

+ + +

- 3 -

Hintergründe der Unruhe in Ungarn

"Rechteradikale und Pseudosozialisten"?

Von unserem PR-Korrespondenten in Belgrad

Die in der vergangenen Woche in einem großen Teil der westdeutschen Presse veröffentlichten Meldungen über eine starke Beunruhigung in der ungarischen Bevölkerung haben wenig die Hintergründe und Ursachen der Vorfälle erhellen können, die in letzter Zeit, vor allem in Budapest, einiges Aufsehen erregten. Unbestreitbar ist eine zunehmende allgemeine Unzufriedenheit, die ihren entscheidenden Grund in den seit Anfang Februar dieses Jahres zu beobachtenden Preiserhöhungen haben dürfte.

Nachdem zunächst alle Fleischpreise um 30 bis 50 Prozent heraufgesetzt worden sind, sollen am 1. April die Heizmaterialien verteuert werden. Ab 1. Juni ist mit erhöhten Fahrpreisen in den unrentablen öffentlichen Verkehrsmitteln zu rechnen. Gleichzeitig werden die progressiven Steuern für die freien Berufe und Pensionäre mit überdurchschnittlichem Einkommen heraufgesetzt. Auch in anderen kommunistischen Staaten haben die Preiserhöhungen der letzten Zeit Unwillen hinterlassen, aber nirgendwo anders als in Ungarn ist die Bevölkerung über die Härtewirkungen der Wirtschaftsreform so im Unklaren gelassen worden. Es handelt sich also nicht einfach um eine Anti-Preisbewegung, sondern um eine durch Regierung und Partei selbstverschuldete Vertrauenskrise, deren mögliche ernsthafte Folgen nun durch Prozesse gegen links und rechts abgewandt werden sollen.

Aufsehen erregte die Verhaftung des katholischen Geistlichen László Enödi, der den ungarischen Gefängniswärtern kein Unbekannter mehr ist. Bereits 1961 wurde dieser katholische Geistliche der in Ungarn vor allem für die kirchliche Jugendarbeit verantwortlich zeichnet, verhaftet und zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Doch zwei Jahre später, nach Aufhebung der Vermögenssperre für ungarische Emigranten und Erlass einer Generalamnestie sowie vor Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Vatikan und Bu-

dapest, der etwas mehr als ein Modus vivendi und zwar weniger als ein Konkordat war, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt; bis zum Dezember 1964, als der staatlich gelenkte Jugendverband gerade seinen Kongreß abhielt und den katholischen Jugendführern offenbar bedeutet werden sollte, sich nach der Verbesserung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche nicht allzusehr ermutigt zu sehen

Die Untersuchungen machten unter dem Druck einer vatikanischen Verbalnote zunächst den Versuch, zwischen Enödi und dem Führer der einstigen "Demokratischen Volkspartei", Ferenc Mateo-
vió eine illegale Beziehung nachzuweisen. Nachdem dieser Versuch jedoch gründlich mißlungen war, schlug man eine zweite Kunstbrücke, an deren anderem Ende Gyula Szönyi steht. Mit großer Verspätung veröffentlichte erst jetzt die Parteizeitung "Nepszabadsag" einen Artikel, durch den der Eindruck erweckt werden sollte, zwischen beiden habe eine verschwörerische Gemeinschaft bestanden.

Gegen eine solche Vorspiegelung spricht jedoch schon allein die Persönlichkeit des gleichfalls inhaftierten Gyula Szönyi. Er ist nicht nur ein Verwandter des von den Stalinisten hingerichteten ehemaligen ungarischen Innenministers Laszlo Rajk, sondern auch des gleichfalls in einem stalinistischen Schauprozeß abgeurteilten Tibor Szönyi. Seine Herkunft ist kommunistisch, und es gehört große Phantasie dazu, ihn und seine Gruppe mit der katholischen Jugendorganisation "Regnum Marianum" in Verbindung zu bringen, die durch ihre Treuegelöbnisse gegenüber Kardinal Mindszenty sogar dem Vorsitzenden der ungarischen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Endre Hamvas unheimlich scheint.

Auf die Frage, weshalb sich die ungarische Parteizeitung dazu entschlossen hat, erst jetzt und mit Formulierungen, die Raum für jede Unklarheit bieten, die Inhaftierung dieser sogenannten Oppositionsgruppe bekanntzugeben, kann dennoch leicht geantwortet werden: Erstens handelt es sich um einen Versuch, bestehende Uneinigkeiten in der katholischen Kirche zu verschärfen, zweitens um ein Experiment, die militanten Katholiken bei den Katholiken und die unabhängigen Linken bei den Linken zu diskreditieren; drittens um eine generelle Warnung an das Volk, die bestehende Unzufriedenheit nicht in illegale Aktionen ausmünden zu lassen. + + +